[illegible] einziges Mandat zu erobern. Durch diese Tatsachen wird die Führerrolle der KPD in den Arbeitermassen deutlicher und klarer erkannt.

3. Unser Wahlsieg ist von großer internationaler Bedeutung. Obwohl die chauvinistisch-nationalistische Welle, die besonders dem Faschismus in Deutschland den Nährboden gibt, nicht abgeflaut ist, so ist sie doch zum Stehen gebracht. Durch unsere 5,3 Millionen antifaschistischer Wähler ist eine starke Schanze gegen den internationalen Faschismus errichtet, und ist den imperialistischen Kriegstreibern ein starker Damm entgegengesetzt worden, ein lebendiger Menschenwall, der sich schützend vor die Sowjetunion stellt. Eine weitere bedeutsame Tatsache ergibt sich aus einem Vergleich mit der letzten Preußen- und Präsidentschaftswahl. Es gelang uns, die damals beginnende Isolierung der Partei von breiten Arbeitermassen zu überwinden und tiefer in die Massen einzudringen.

Der Hauptgrund unseres Erfolges liegt in der stürmischen Entfaltung der Antifaschistischen Aktion, durch die es der Partei gelang, auf dem Boden der Einheitsfront von unten weit über den Rahmen der Partei hinaus die zum antifaschistischen Kampf bereiten Arbeiter und werktätigen Mittelschichten zu sammeln.

Genosse Thälmann behandelte außerdem die unbefriedigenden Ergebnisse von Hamburg und Merseburg, vor allem das Ergebnis von Berlin, das eine kritische und entschlossene Ueberprüfung der gesamten Parteiarbeit und ihrer Methoden nötig macht.

Gegenüber dem Tiefstand bei den Preußenwahlen vermochten wir wohl wesentlich aufzuholen, aber in entscheidenden Arbeiterbezirken, wie in Neukölln, Wedding usw. liegen wir weit unter dem Reichsdurchschnitt. Gerade gegen Berlin richtet der Faschismus seit Jahren seinen Hauptstoß. Wir haben diesem strategischen Plan ungenügend beachtet und es an entsprechenden Maßnahmen dagegen fehlen lassen, so daß die Arbeiterschaft Berlins sich an den Zustand der Offensive des Faschismus in Berlin gewöhnte.

Eine nicht immer richtig angewandte Einheitsfronttaktik, Spitzenangebote an die SPD-Führung ohne ausreichende Vorbedingungen mußten weiterhin die Führerrolle der Partei verwischen und waren dazu angetan, in der Arbeiterschaft noch vorhandene Illusionen über die Rolle der Sozialdemokratie zu verstärken. Die entscheidende Ursache jedoch — und dieser Mangel bezieht sich auf das ganze Reich — war die ungenügende Bereitschaft und Aktionskraft der Partei am 20. Juli, dem Tag des faschistischen Staatsstreiches in Preußen. Das Nichtreagieren der Partei am 20. Juli, vor allem in Berlin, dem Brennpunkt des faschistischen Umsturzes in Preußen, das Ausbleiben von Streiks und Demonstrationen unmittelbar nach dem Staatsstreich, haben dazu geführt, daß wir besonders in Berlin nicht noch stärker in die Massen der ADGB- und SPD-Anhänger eingedrungen sind. Alle objektiven Voraussetzungen für größere revolutionäre Kampfhandlungen waren an diesem Tage gegeben. Aber es fehlte die kühne, selbständige Initiative der bezirklichen und örtlichen Parteieinheiten, die Entschlossenheit zu kühnem und raschem Handeln, der lückenlose Einsatz der besten Kräfte in den Betrieben. Wäre uns der außerparlamentarische Einsatz der Antifaschistischen Aktion gegenüber den Streikbrechern, den SPD- und ADGB-Führern gelungen, dann hätte die Partei am 31. Juli 1 bis 2 Millionen Wähler und Kämpfer mehr für die revolutionäre Sache buchen können.

II.

Die weitere Entwicklung stellt die Partei vor größte Aufgaben. Mit dem 20. Juli, dem faschistischen Staatsstreich in Preußen, ist der Wendepunkt in der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur überschritten. Die weitere Politik der Papenregierung als der Regierung der faschistischen Diktatur ist darauf gerichtet, den in Preußen gelungenen faschistischen Umsturz auch im Reiche durchzuführen und zu sichern. Die Regierung Papen-Schleicher versucht dabei, sich sowohl die NSDAP als das Zentrum zur Mitverantwortung zu sichern. Ob eine Koalition in dieser oder jener Form zustande kommt, ob eine überparteiliche Präsidialregierung unter gänzlicher Ausschaltung des Reichstages und ausgerüstet mit einem Ermächtigungsgesetz geschaffen wird: Der Hauptstoß der faschistischen Diktatur richtet sich immer gegen das Proletariat und seine Führerin, die Kommunistische Partei. Auf dem Wege der Zertrümmerung der revolutionären Arbeiterorganisationen will die Bourgeoisie die faschistische Diktatur befestigen. Durch blutigen Terror, als der jetzigen Hauptmethode der kapitalistischen Diktatur, soll der revolutionäre Massenwiderstand gegen Tributknechtschaft und notverordneten Hunger, der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse, gebrochen werden.

Im Ziel der Vernichtung der Kommunistischen Partei, des Jugendverbandes, der RGO usw. gibt es zwischen NSDAP und Zentrum keine Differenzen. Für die Nazis und die Papenregierung ist das geplante Verbot zugleich ein Schacherobjekt im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen. Die Verbotsfrage ist um so akuter, als unsere Partei im neuen Reichstag eine Schlüsselstellung einnimmt und ihre bereits durch die Reichstagsfraktion eingebrachten Anträge gegen die Papenregierung, gegen Lausanne, SA-Terror und Notverordnungen alle Parteien vor unangenehme Entscheidungen stellen. Wir dürfen unter keinen Umständen eine Einschüchterung der Massen hinsichtlich des drohenden Parteiverbots dulden. Um so mehr, als ähnlich wie vor dem faschistischen Staatsstreich in Preußen die Bourgeoisie durch amtliche und Presse-Erklärungen die proletarische Oeffentlichkeit über ihre Absichten zu täuschen versucht. Noch niemals wie gerade in diesen Tagen und Wochen ist mit Ueberraschungen, einer sprunghaften Entwicklung und plötzlichen Ereignissen zu rechnen.

Unsere Einschätzung über die Rolle der Sozialdemokratie erfährt auch durch die Heranziehung der Nazis als unmittelbare Stütze der kapitalistischen Diktatur keine Veränderung. Im Gegenteil: Gerade weil es der Hitlerpartei nicht gelungen ist, die ihr von der Bourgeoisie zugewiesene strategische Aufgabe, in das Lager der Arbeiterklasse einzudringen, durchzuführen, wird die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der kapitalistischen Diktatur nicht vermindert. Der 20. Juli, die streikbrecherischen Hilfsdienste der SPD- und ADGB-Führer für den militärischen Belagerungszustand usw. haben das erneut bewiesen. Gewisse Konzessionen der Bourgeoisie zur Erhöhung und Erhaltung der Manövrierfähigkeit der SPD sind aber auch in der Zukunft durchaus wahrscheinlich.

Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, insbesondere der sozialdemokratischen und der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, der Kampf um die eigene Klasse bleibt auch weiterhin unsere strategische Hauptaufgabe. Es ist uns gelungen, die Sozialdemokratie zurückzudrängen und vielfach bereits die Partei einzureihen, die die sozialdemokratischen Führer im Lager der Arbeiterklasse errichtet haben.

Aber die entscheidende Aufgabe, die die Voraussetzung für die Zerschmetterung des Faschismus ist, den Masseneinfluß der Sozialdemokratie in den Betrieben und an den Stempelstellen noch stärker zu brechen und den Einfluß der ADGB-Führung zu vernichten, ist uns noch nicht gelungen. Die Antifaschistische Aktion ist noch völlig ungenügend in den Betrieben verankert!

Die Mobilisierung der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben und an den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, die Herausstellung der Führerrolle der Partei im außerparlamentarischen Massenkampf ist das entscheidende Kettenglied.

Um nachdrücklichst alle Kräfte darauf zu konzentrieren, hat das Zentralkomitee unserer Partei und die RGO die Durchführung einer Kampfwoche der Antifaschistischen Aktion für die Mobilisierung der Betriebe in der Zeit vom 14. bis 21. August beschlossen. Die Konkretisierung der Losungen: „Antifaschistische Aktion erobert die Betriebe" — „Gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm", das heißt: Die jetzt ablaufenden Tarife, die neuen drohenden sozialreaktionären Unternehmervorstöße als Anlaß zur Auslösung betrieblicher Kämpfe und größerer Streiks zu benutzen, den Werkfaschismus und das braune Gift in den Betrieben zu verdrängen, den roten Massenselbstschutz in den Betrieben zu organisieren, die roten Verbände zu stärken, neben der RGO in den Gewerkschaften eine breite klassenbewußte Oppositionsbewegung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und der Angestellten zu entwickeln, für die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Oppositionellen zu kämpfen und die Millionen von Erwerbslosen in den Kampf zu führen für die Erhaltung ihrer nackten Lebensexistenz. Ueberall gilt es, konkrete politische Aufgaben zu stellen, im Kampf gegen den faschistischen Angriff.

Den bezirklichen und örtlichen Führungen der Partei ist bei der Durchführung der Kampfeswoche die Aufgabe gestellt, von sich aus die stärkste Initiative der Herausbildung neuer Formen und Methoden unserer Arbeit zu entwickeln. Mutige Selbstinitiative von unten und schnelles Reagieren auf plötzlich eintretende Ereignisse tun not.

Nur wenn es uns gelingt, die Schere zwischen unserem wachsenden ideologischen Masseneinfluß und der heute noch ungenügenden Auslösung von Massenaktionen gegen Hunger, Faschismus und imperialistische Kriegsvorbereitungen zu schließen, schaffen wir die Voraussetzungen für große politische Klassenschlachten gegen die faschistische Diktatur in Deutschland.

Der werktätigen Jugend muß unsere ganze Aufmerksamkeit zuteil werden. Die Losung der Jugendfrage muß zu einer Parteifrage werden. Vor allem in der Bekämpfung der streikbrecherischen Arbeitsdisziplinierung, wie der „freiwilligen" und drohenden Zwangsarbeit müssen wir entsprechende Maßnahmen und Wege finden, die jede Isolierung zwischen uns und den Jungproletariern, wie ihre Auslieferung an den Faschismus, verhindern. Die Einreihung der Arbeitermädels, der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in die Antifaschistische Aktion darf keinesfalls vernachlässigt, sondern muß verstärkt in Angriff genommen werden.

Wenn es uns auch gelungen ist, dieses Mal den weiteren ideologischen Einbruch der faschistischen Terrororganisationen in das Lager der Arbeiterklasse zu verhindern, ferner den Einfluß der Sozialdemokratie zurückzudrängen, würde jede Gleichgültigkeit, jede Dünkelhaftigkeit, jede Selbstzufriedenheit über unseren Wahlsieg den weiteren Vormarsch der Partei hindern. Der wehrhafte Massenkampf gegen den Terror der braunen Mordbanden erfordert zugleich die verstärkte ideologische Offensive gegen die faschistischen Massenbetrüger. Das Wahlergebnis zeigt uns, daß trotz unseres Vormarsches auf dem Lande und an der Peripherie der Industriestädte der Faschismus in den Agrargebieten über die stärkste Massenbasis verfügt.

Das Wahlergebnis zeigt weiter, daß die Nationalsozialisten in den Städten, auf die dem Proletariat am nächsten stehenden Schichten, auf die Massen der unteren Angestellten, vor allem in Berlin und Hamburg, ihren Einfluß weiter behaupten haben. Die Richtung unserer Aufgabenstellung ist damit vorgezeichnet. Der Stimmenzuwachs des Zentrums gemahnt uns, der Gewinnung der christlichen Arbeiter für die Antifaschistische Aktion die ernsthafteste Beachtung zu schenken.

Unser Kampf gegen die faschistische Diktatur bedingt schließlich unsere stärkste Offensive gegen die Tributpolitik der deutschen Bourgeoisie, deren Kehrseite die Vorbereitung antisowjetischer, kriegerischer, imperialistischer Abenteuer ist. Unser Bekenntnis zur Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion überschreitet erst dann den Rahmen einfacher Deklamationen, wenn wir unsere ideologische Offensive gegen die Kriegstreiber, für die Sowjetunion und ihre gigantischen Errungenschaften des ersten Fünfjahrplanes überleiten und verbinden mit dem praktischen Massenkampf des deutschen Proletariats für seine soziale und nationale Befreiung.

Wir gehen einer zweiten Welle imperialistischer kriegerischer Auseinandersetzungen und revolutionärer Klassenschlachten entgegen. Im Wettlaufen zwischen den sich entfaltenden revolutionären Kräften und den konterrevolutionären Kräften der faschistischen Diktatur steht die Partei vor historischen Aufgaben, die nicht nur nationale, sondern auch internationale Bedeutung haben. In aller Schärfe, mit aller Klarheit und mit leidenschaftlichem Elan müssen wir das **Machtproblem vor der Arbeiterklasse** stellen, einen revolutionären Ausweg, die Arbeiter- und Bauernregierung unter dem Gesichtswinkel der revolutionären Perspektive stärker propagieren und unsere Propaganda und Tagespolitik mit lebendigem Inhalt durch die revolutionäre Praxis füllen.

Die Partei muß mehr als bisher der deutschen Arbeiterklasse die Schwere und den Ernst der Gesamtsituation vor Augen führen und ihr den revolutionären Ausweg aus der Krise aufzeigen. Der zähe, unbeugsame Wille des Kampfes gegen jede Lohn- und Unterstützungskürzung, gegen jeden faschistischen Angriff muß durch uns stärker geweckt werden. Ueberall muß die revolutionäre Massenkraft geweckt und in Streiks, Stempelstellenkämpfen und im Massenstreik zur Anwendung gebracht werden.

Die nächste und unmittelbare Etappe in der Entfaltung der Antifaschistischen Aktion ist die Vorbereitung und Durchführung der Antifaschistischen Kampfwoche vom 14. bis 21. August. Gestützt auf die außerordentliche, durch den Wahlerfolg vom 31. Juli gestärkte moralische und politische Kraft unserer Partei, muß die Losung zur lebendigen revolutionären Wirklichkeit werden:

„Antifaschistische Aktion, hinein in die Betriebe!"

Parlamentsbanditen der Nazis drohen

Zentralorgan Hitlers kündigt blutigen Terror im Reichstag an. Beispiellose Beschimpfung der greisen Genossin Zetkin

Der Völkische Beobachter nimmt zu einer Meldung der bürgerlichen Presse, daß die Genossin Klara Zetkin als ältestes Mitglied des neugewählten Reichstages in der ersten Plenarsitzung ihr Amt als Alterspräsident ausüben werde, Stellung und benützt diese Gelegenheit, zu einer beispiellosen Blutheze gegen die kommunistische Fraktion und gegen die Genossin Zetkin. Das Blatt schreibt:

„Es ist bestimmt nicht nur eine Ironie des Schicksals, sondern geradezu symbolisch, daß der — hoffentlich letzte — Reichstag nun auch noch von einem jüdischen Kommunistenweib „feierlich eröffnet werden wird". Nichts kennzeichnet die unsagbare Verlotterung des parlamentarischen Systems so zwingend als der Umstand, daß eine Vertreterin Moskaus für sich das Recht in Anspruch nehmen darf, am Eröffnungstag des „hohen" Hauses den Vorsitz zu führen. Eine Geschäftsordnung, die solches duldet, muß schleunigst durch eine bessere ersetzt werden. Im übrigen darf das deutsche Volk versichert sein, daß seine Vertreter diese Würdelosigkeit gebührend entgegentreten werden."

Abgesehen von dem, den Nazis angeborenen Größenwahn, ihre Fraktion als „Vertretung des deutschen Volkes" zu nennen, ist diese Drohung ein typisches Beispiel für die gewöhnliche Verbrecherideologie dieser Politikanten des deutschen Finanz- und Industriekapitals. Die Verleumdung der Genossin Zetkin als „jüdisches Kommunistenweib" soll die mit blödesten Antisemitismus vergifteten Kleinbürger für die blutrünstige Heze gewinnen. Neben der unwesentlichen Feststellung, daß die Genossin Zetkin, in einem alten erzgebirgischen Dorf geboren, gar keine Jüdin ist, muß zu dieser dreckigen Verunglimpfung gesagt werden, daß darin die ganze Verachtung der Naziströmlinge gegenüber der Frauen allgemein zum Ausdruck kommt.

Die Reichstagsfraktion der Straßer, Goebbels und Konsorten droht in diesem Zusammenhang ganz offensichtlich mit Gewalttaten gegen die kommunistische Fraktion. Dazu muß festgestellt werden, daß das nicht nur für den Reichstag geplant ist, sondern bereits am 16. August im preußischen Landtag zum zweiten Male geschehen soll. Auch dort wollen die Nazis mit Gewaltmaßnahmen die Sitzung sprengen, um die Behandlung der kommunistischen Anträge unmöglich zu machen. Und das ist auch das Motiv zu den Drohungen für die Reichstagseröffnung, mit deren Verwirklichung die Nazis der Stellungnahme zur Papenregierung, zu Lausanne und den übrigen Problemen ausweichen wollen. Deshalb schreiben sie die kommunistische Alterspräsidentin vor, nehmen das zum Anlaß, um sich mit blutigen Terrormaßnahmen vor der Enthüllung als Knechte des deutschen Tributkapitals zu bewahren.

Aber die frechen und ebenso mordburstigen Burschen werden sich irren. Die Kommunistische Partei, die antifaschistische Arbeiterschaft wird ihnen das politische Ausspielen nicht gestatten. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird unter Führung der KPD die braunen Soldgarden der Bourgeoisie zwingen, Farbe zu bekennen und im übrigen auf die unverhüllten Drohungen prompt antworten. Das antifaschistische Deutschland verfolgt die Morde von Königsberg, verfolgt die ganze Kette blutiger Provokationen und Ueberfälle und arbeitet am Ausbau der Massenschutzstaffeln, mit denen der Nazisterror gebrochen wird. Wir werden den Strauchrittern vom Hakenkreuz die Antwort nicht schuldig bleiben und fordern die Arbeiterschaft zu höchster Wachsamkeit und revolutionärer Kampfbereitschaft in Betrieb und Stempelstellen auf!

„Standgerichts-Notverordnung alsbald verkünden!"

Die Forderung der bürgerlich-faschistischen Presse. Papens Kommissar Bracht trägt Verbotsmaterial gegen die KPD zusammen

In der bürgerlich-faschistischen Presse wird eine vom Reichskommissar Bracht zusammengestellte „Bilanz eines siebenwöchigen Straßenkampfes" veröffentlicht. In dieser Bilanz wird den Kommunisten die Schuld an nahezu allen in der letzten Zeit geschehenen Zusammenstößen in die Schuhe geschoben. Die bürgerliche Presse nimmt die Veröffentlichung dieser Bilanz mit der offensichtlich von den immer häufiger und stärker werdenden Terrorakten der Nazis abgelenkt werden soll, zum Anlaß, um — wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" — zu

fordern, „daß die Reichsregierung ihre Notverordnung, die sie fix und fertig in der Schublade hat, alsbald verkündet und zur Anwendung bringt."

Das läßt sehr deutlich erkennen, daß Brachts Bilanz dem Zwecke dient, die überraschende Verkündung der neuen Notverordnung einzuleiten und vorzubereiten. Darüber hinaus liegt die Zusammenstellung solcher Bilanzen auch in der Richtung der Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei.

Alle Arbeiter müssen angesichts dieser Tatsachen mit erhöhter Wachsamkeit zur Verteidigung ihrer Führerin im Kampf, der Kommunistischen Partei, bereit sein.

Königsberger Mordsturm gesteht

21 nationalsozialistische Mörder und Brandstifter haben die Ueberfälle ausgeführt

Königsberg, 5. August

Die Königsberger Polizei teilt heute über die polizeilichen Ermittlungen zu den Terrorakten in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August folgendes mit:

„Der beabsichtigte Anschlag auf das sozialdemokratische Königsberger Gewerkschaftshaus am 1. August ist aufgeklärt. Es sind 8 Täter, welche angeben, SA-Leute vom Sturm 12 zu sein. Der Sturmführer ist unter ihnen.

Ebenfalls aufgeklärt sind eine vollendete und vier versuchte Brandstiftungen in dem Königsberger Vorort Kalthof. Hier handelt es sich um 13 Täter, die ebenfalls angeben, dem Sturm 12 der SA anzugehören."

Ueber das Ergebnis der Untersuchung der Meuchelmorde an unseren Genossen Sautz und Zirpius werden nach wie vor keine Mitteilungen gemacht. Auffallend in dem Polizeibericht ist die Bezeichnung „Täter, welche angeben, SA-Leute vom Sturm 12 zu sein". Hat die Polizei vielleicht auch jetzt noch, nach dem Geständnis der 21 Zweifel daran, daß es sich um SA-Banditen handelt? Oder will die Polizei in der Taktik fortfahren, die es dem Nationalsozialisten ermöglicht, neue Lügen und Blutheze über die Parteizugehörigkeit der Täter zu entfalten?

Durch das Geständnis der 21 SA-Leute ist ein für allemal die Ausrede der nationalsozialistenfreundlichen Presse, daß es sich im schlimmsten Falle um Ausschreitungen „einzelner, undisziplinierter SA-Leute" handeln könnte, **ein für allemal erledigt.** Durch das Geständnis ist bereits ein wohlorganisiertes planmäßiges Vorgehen festgestellt. Die Nazipresse ist über die Verhaftungen und Feststellungen bestürzt.

Der Reichspropagandaleiter der Hitlerpartei, Goebbels, verteidigt in einem Artikel in der Nazipresse die Meuchelmörder und Brandstifter. Für die Nationalsozialisten ist es Notwehr, wenn bewaffnete Banden um 4 Uhr morgens in verschlossene Wohnungen eindringen und Arbeiterfahrer im Schlafe erschießen. Notwehr ist es für die Nationalsozialisten, wenn organisierte Banden Brandbomben gegen Arbeitereinrichtungen und Wohnungen werfen. Die Blutheze der Nationalsozialisten kennt keine Grenzen mehr. Mit der Verteidigung des Meuchelmordes entlarvt sich die Nazipartei als Partei des Arbeitermordes und des blutigsten Terrors.

•

In Mannheim wurde am 2. August ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Vater von zehn Kindern, von SA-Banden ermordet. Die Mordbuben haben ihn mit Pflastersteinen beworfen und schwer verletzt. Auf dem Weg zum Krankenhaus starb er.

In Marburg verübten die Nationalsozialisten einen organisierten Ueberfall auf die Siedlung Knutzbach. Auf 40 Motorrädern und fünf Autos rückten sie an. Drei Arbeiter wurden verletzt, darunter einer schwer.